

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökey Akbulut, Matthias W. Birkwald, Nicole Gohlke, Ates Gürpınar, André Hahn, Gesine Löttsch, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche**

Am 27. Januar 2020 wurde der erste Fall einer Infektion mit SARS-CoV-2 in Deutschland nachgewiesen. Seitdem sind über zweieinhalb Jahre vergangen, in denen das Virus das Zusammenleben stark beeinflusst hat. Neben den Ängsten vor einer eigenen Ansteckung oder der Ansteckung möglicherweise einer Risikogruppe zugehöriger Angehöriger, machten auch die Einschränkungen zur Bekämpfung des Virus vielen Menschen zu schaffen.

Besonders betroffen waren von den Auswirkungen Kinder und Jugendliche. Neben der Angst vor einem weitgehend unbekanntem Virus trafen die Maßnahmen Kinder und Jugendliche besonders hart. Die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen sowie die Kontaktbeschränkungen führten zu Isolation. Mit Freundinnen und Freunden, Schulen, Sportvereinen und Jugendclubs fielen wichtige Sozialisationsinstanzen zeitweise weg. Ob und welche langfristigen Folgen diese Zeit haben wird, wird sich vermutlich erst in der Zukunft zeigen. Schon zu Beginn der Pandemie deuteten Studien auf einen Anstieg von klinisch relevanten psychischen Problemen hin (vgl. [https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite\\_96962.html](https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_96962.html)).

Trotz dieser frühen Hinweise auf die Auswirkungen für Kinder und Jugendliche wurde aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller wenig getan, um die Folgen abzumildern und jegliche Maßnahmen auch aus Sicht der Kinder und Jugendlichen abzuwägen. Gesetzliche Pflichtaufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wurden insbesondere in der Anfangszeit der Pandemie nach Meinung der Fragestellerinnen und Fragesteller eingeschränkt und Familien ihrer Rechte beraubt. Kinder und Jugendliche wurden aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller mit ihren Familien de facto zu Hause eingesperrt. Schul- und Kitaschließungen haben zu erheblichen Lernzeitverlusten geführt. All dies führte zu psychischen Belastungen für Kinder und Jugendliche sowie für ihre Familien und nicht zuletzt auch für das pädagogische Personal (vgl. z. B. Michael Klundt: Krisengerechte Kinder statt kindergerechtem Krisenmanagement; <https://www.linksfraktion.de/publikationen/detail/krisengerechte-kinder-statt-kindergerechtem-krisenmanagement/>). Diese Ansicht wird von weiteren Forscherinnen und Forschern geteilt. „In der COVID-19-Pandemie mussten Kinder und Jugendliche in Deutschland einmal mehr eine ernüchternde Erfahrung machen: nämlich, dass ihre altersspezifischen Interessen und Bedürfnisse in den politischen Entscheidungsprozessen nachrangig behandelt werden“, schreibt etwa die Professorin für Familienforschung und Sozialpädagogik Dr. Sabine

Andresen (vgl. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/jugend-und-protest-2021/340343/was-viele-jugendliche-abfueckt/>). Dr. Lars Alberth, Professor für Theorien und Methoden der Kindheitsforschung, kritisiert die Art und Weise der Diskussion ebenfalls mit deutlichen Worten: „Was wir über die Lebenslage der Kinder in der Pandemie wissen, ist vor allem ein Indikator dafür, wie gering das gesellschaftliche Interesse für diese Gruppe vor und während der Pandemie ausfällt“ (vgl. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/kinder-und-politik-2022/506634/wie-geht-es-den-kindern-in-zeiten-von-corona/>). So verwundert es die Fragestellerinnen und Fragesteller auch nicht weiter, dass in einer Umfrage, die das Deutsche Kinderhilfswerk hat durchführen lassen, nur 9 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen angeben, dass ihre Belange in den vergangenen Jahren stark berücksichtigt wurden (vgl. <https://www.dkhw.de/presse/press-emitteilungen/presse-details/kinderreport-2022-des-deutschen-kinderhilfswerkes-breite-mehrheit-fuer-eine-generationengerechte-pol/>). Es bleibt zu hoffen, dass aus dieser Frustration keine dauerhafte Schwächung der Demokratiezufriedenheit bei Heranwachsenden entsteht. Einfluss darauf wird mit großer Sicherheit auch der weitere Umgang mit Kindern und Jugendlichen in den folgenden Corona-Wellen haben und inwieweit ihre Interessen und Bedürfnisse, die über das plangemäße Erfüllen des Lernstoffs hinausgehen, stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die Fraktion DIE LINKE. hat mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Blick genommen (siehe etwa Bundestagsdrucksache 19/26657, 19/27100, 19/31796, 19/31535, 20/232, 20/906, 20/1272 und 20/3148). Um bestmöglich auf den Herbst vorbereitet zu sein, ist es aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller essenziell, dass jegliche Entscheidung auf einer optimalen wissenschaftlichen Grundlage getroffen wird. Aus diesem Grund soll mit dieser Kleinen Anfrage der aktuelle Kenntnisstand der Bundesregierung zu verschiedenen Themenfeldern (allgemeine Corona-Lage in Bezug auf Kinder und Jugendliche, indirekte gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Corona und die zur Eindämmung erfolgten Maßnahmen, geplante oder durchgeführte Maßnahmen zum Schutz vor einer Infektion mit SARS-CoV-2 in Kitas, Schulen, Sportvereinen und Jugendfreizeiteinrichtungen, soziale Folgen, die Auswirkungen auf die Jugendhilfe sowie die geplanten Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vor-Corona-Niveaus in verschiedenen Bereichen) erfragt werden, die mit dem SARS-CoV-2-Virus direkt oder indirekt in Verbindung stehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bisher mit dem SARS-CoV-2-Virus infiziert (bitte nach Altersgruppen 0 bis 4, 5 bis 9, 10 bis 14, 15 bis 18 Jahre aufschlüsseln)?
2. Wie viele Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahre haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bisher in den einzelnen Bundesländern mit dem SARS-CoV-2-Virus infiziert (bitte nach Altersgruppen wie in Frage 1 aufschlüsseln)?
3. Welche Studienergebnisse liegen der Bundesregierung zu unerkannten Infektionen bei Kindern und Jugendlichen vor?

Welche Rückschlüsse lassen deren Ergebnisse nach Kenntnis der Bundesregierung auf die tatsächlichen Infektionszahlen bei Kindern und Jugendlichen zu?

4. Wie viele Hospitalisierungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung bisher bei Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit COVID-19 (bitte Fälle nach Kalenderwochen aufschlüsseln)?
5. Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die nachgewiesenen Infektionszahlen und die Hospitalisierungen in den jeweiligen Kalenderwochen auf die verschiedenen, in Frage 1 genannten, Altersgruppen der unter 18-Jährigen?
6. Welche Studien sind der Bundesregierung zu Risikofaktoren für eine Hospitalisierung im Zusammenhang mit COVID-19 bei Kindern und Jugendlichen bekannt?  
Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung solche Risikofaktoren, und haben diese sich in den vergangenen einzelnen Corona-Wellen und unter dem Einfluss der verschiedenen Varianten und Subtypen verändert?
7. Wie viele Fälle von Herzmuskelentzündungen bei unter 18-Jährigen sind der Bundesregierung bekannt,
  - a) die in Verbindung mit einer vorherigen Corona-Infektion gebracht werden können,
  - b) die in Verbindung mit einer vorherigen Impfung gegen SARS-CoV-2 gebracht werden können?
8. Hält die Bundesregierung die aktuelle Impfquote bei unter 18-Jährigen für ausreichend oder wird es in Absprache mit den Ländern weitere Maßnahmen geben, um die Impfbereitschaft dieser Gruppe und die Bereitschaft ihrer Sorgeberechtigten zur Zustimmung zur Impfung zu erhöhen?  
Falls solche Maßnahmen geplant sind, in welcher Form?
9. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Studien, die Rückschlüsse über mögliche unterschiedliche pandemische Entwicklungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen nach sozioökonomischen Faktoren der Standorte der Einrichtungen erlauben, falls ja, was sind die zentralen Erkenntnisse, und falls nein, sind solche Analysen geplant?
10. Wie viele Fälle der schweren Überreaktion des Immunsystems (PIMS – Pediatric Inflammatory Multisystem Syndrome) infolge von SARS-CoV-2 bei Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland sind der Bundesregierung bekannt?
11. Hält die Bundesregierung inzwischen die Einführung einer verpflichtenden Meldung und Dokumentation von PIMS-Fällen für sinnvoll, und plant sie die Einführung einer solchen Verpflichtung, um ein vollständigeres Bild der gesundheitlichen Gefahren der einzelnen Varianten des Coronavirus für Kinder und Jugendliche zu erhalten?
12. Wie viele Kinder und Jugendliche sind nach Kenntnis der Bundesregierung von Long-COVID betroffen (bitte nach Altersgruppen wie in Frage 1 aufschlüsseln)?
13. Wie viele Kinder und Jugendliche sind nach Kenntnis der Bundesregierung von Long-COVID betroffen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
14. Hat die Bundesregierung Studien in Auftrag gegeben oder gefördert, die sich mit der Verbreitung von Long-COVID-Fällen bei Kindern und Jugendlichen befassen?  
Falls ja, was sind die zentralen Befunde, und lässt sich aus diesen ein Unterschied zwischen verschiedenen Virusvarianten feststellen, und falls nein, sind solche Studien geplant?

15. Hat die Bundesregierung in der Vergangenheit den Versuch unternommen, bundeseinheitliche Regelungen zu finden, die Kindern mit Risikofaktoren einen über das normale Maß hinausgehenden Schutz vor Infektion mit SARS-CoV-2 angedeihen lassen?  
Wenn nein, wird sie entsprechende Regelungen in Zukunft vorschlagen (bitte begründen)?
16. Sollen nach Meinung der Bundesregierung etwaige bundeseinheitliche Ausnahmeregelungen zum erhöhten Schutz vor Ansteckungen auch für Kinder gelten, die zwar nicht selbst entsprechende Vorerkrankungen aufweisen, jedoch mit Risikopersonen in einem Haushalt leben?
17. Hat die Bundesregierung eigene Berechnungen oder Schätzungen angestellt oder Kenntnisse über entsprechende Studien, die die Höhe der durchschnittlichen monatlichen Mehrausgaben für Gesundheit und Hygiene pro Kind während der Corona-Pandemie in verschiedenen Altersgruppen beziffern, falls ja, was sind die Ergebnisse dieser Studien, und falls nein, sind solche Studien geplant?
18. Hat die Bundesregierung Studien in Auftrag gegeben oder gefördert, die die Ausbildung psychischer Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen im Zuge der Corona-Pandemie systematisch erfassen, und falls ja, was sind die zentralen Ergebnisse?
19. Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bei möglicherweise zu der psychischen Belastung vorliegenden Studien die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen im Studiendesign berücksichtigt?  
Falls ja, was sind die zentralen Ergebnisse der Studien unter diesem Gesichtspunkt?  
Falls nein, sind entsprechende Studien geplant?
20. Gab es auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Häufung von Hepatitis-Fällen bei Kindern und Jugendlichen (vgl. <https://www.deutschnfunk.de/raetselhafte-hepatitis-faelle-bei-kindern-nun-auch-in-eu-und-us-a-102.html>), und besteht nach Kenntnis der Bundesregierung ein möglicher Zusammenhang mit einer vorherigen Infektion mit SARS-CoV-2?
21. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung zur Ausbildung von Essstörungen und Diabetes bei Kindern und Jugendlichen in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 vor?
22. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung ggf. eine mögliche Zunahme von Adipositas und Diabetes abfedern oder rückgängig machen?
23. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Entwicklung des Drogenkonsums bzw. von Suchtkrankheiten bei Kindern und Jugendlichen in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 vor?
24. Hat die Bundesregierung Studien über eine möglicherweise veränderte Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen in Auftrag gegeben oder unterstützt, und falls ja, was sind die zentralen Ergebnisse?
25. Wurden im Rahmen des Corona-Aufholpakets Hilfeangebote und Hilfestrukturen für Kinder und Jugendliche ausgebaut, und wenn ja, welche?
26. Welche der Angebote und Strukturen in Frage 25 werden über das Jahr 2022 hinaus verstetigt?
27. Gab es seit Beginn der Corona-Pandemie einen Ausbau spezifischer Angebote durch die Bundesregierung, die die Gesundheit von Kindern befördern sollten, und wenn ja, welche waren dies konkret, und welche zielten insbesondere auf die psychische Gesundheit ab?

28. Welche konkreten Studien liegen der Bundesregierung ggf. zu den Auswirkungen von Kontaktbeschränkungen auf Kinder und Jugendliche und deren Bildungsstände, Sozialentwicklung, Schwimmfähigkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sportliche Aktivitäten und Freizeitverhalten vor, welches sind die zentralen Ergebnisse der jeweiligen Studien, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für die Zukunft?
29. Gibt es nach Kenntnis und aus Sicht der Bundesregierung Studienergebnisse, die nahelegen, dass der Lockdown in Schulen und Kindertageseinrichtungen nicht zu einer Zunahme von psychischen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen geführt hat (vgl. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/lauterbach-corona-kurs-kein-grund-fuer-mehr-psychische-stoerungen,SuBvIIIG>)?
30. Welche Ansätze werden innerhalb der Bundesregierung für die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (S. 67) angekündigte Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung diskutiert, die kürzere Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz für Kinder und Jugendliche zur Folge haben sollen, und bis wann sind hier konkrete Schritte zu erwarten?
31. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuelle Situation verfügbarer Plätze in der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche dar?
32. Hat die Bundesregierung eine Einschätzung dazu, wie sich der Bedarf an zusätzlichen Therapieplätzen durch die veränderte Nachfrage seit 2020 entwickelt hat, und wenn ja, welche?
33. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um dem Anstieg von klinisch relevanten psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen (vgl. [https://www.dak.de/dak/bundesthemen/pandemie-depressionen-und-essstoerungen-bei-jugendlichen-steigen-weiter-an-2558034.html#](https://www.dak.de/dak/bundesthemen/pandemie-depressionen-und-essstoerungen-bei-jugendlichen-steigen-weiter-an-2558034.html#/)) kurzfristig zu begegnen, und wenn ja, wie soll dem verzeichneten Geschlechterunterschied (vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/antidepressiva-maedchen-101.html>) Rechnung getragen werden?  
Welche Rolle soll und kann dabei der Sport spielen, und was ist diesbezüglich ggf. seitens der Bundesregierung geplant?
34. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die in Studien (z. B. JuCo-Studie der Universitäten Hildesheim und Frankfurt) festgestellten Zukunftängste von Kindern und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen, und wenn ja, welche?
35. Welche Studien oder sonstigen belastbaren Kenntnisse hat die Bundesregierung zum allgemeinen physischen Zustand von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der COVID-19-Pandemie?
36. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse über die Wahrnehmung der regulären Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 vor (falls möglich, bitte monatsgenau und nach den einzelnen U- bzw. J-Untersuchungen angeben)?
37. Liegen der Bundesregierung inzwischen belastbare Daten vor, in welchem Maße Schuleingangsuntersuchungen in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 wahrgenommen wurden?
38. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Amtsübernahme unternommen, um die Länder bei der Vermeidung weiterer Lockdowns in Schulen und Kindertageseinrichtungen zu unterstützen?

39. Wie viel Geld wurde von den Bundesländern aus dem Fördertopf der Bundesregierung für die Installation von Luftfiltern abgerufen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
40. Wie viele Schulen und Kindertageseinrichtungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung mit Geldern aus dem Fördertopf mit Luftfiltern ausgestattet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
41. Sind der Bundesregierung Anweisungen oder Empfehlungen bekannt, nach denen aus dem Programm beschaffte Luftfilter nicht genutzt werden sollen, etwa wegen zu hoher Wartungskosten oder mit dem Ziel die Energiekosten zu reduzieren, und falls ja, von wem kommen diese Anweisungen oder Empfehlungen?
42. Hat die Bundesregierung mögliche Probleme der Länder und bürokratische Hürden beim Abruf der Gelder aus dem Fördertopf für Luftfilterbeschaffung evaluiert, und ist geplant, ein neues Programm aufzulegen, das die Lücken in der Versorgung mit Luftfiltern im Laufe des vierten Schuljahres, das zumindest teilweise unter Corona-Bedingungen stattfinden muss, schließen wird?
43. Welche Maßnahmen werden im „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ (vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundeskabinett-beschliesst-hoeheren-etat-fuer-das-bundesfamilienministerium-199462>) für Kinder und Jugendliche enthalten sein?
44. Sieht die Bundesregierung einen Großteil der Corona-Folgen für Kinder und Jugendliche als bereits aufgeholt an, und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang die deutlich geringere finanzielle Ausstattung des als Anschluss an das Corona-Aufholpaket (vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundeskabinett-beschliesst-hoeheren-etat-fuer-das-bundesfamilienministerium-199462>) gedachten „Zukunftspakets für Bewegung, Kultur und Gesundheit“?
45. Plant die Bundesregierung über das „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ (vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundeskabinett-beschliesst-hoeheren-etat-fuer-das-bundesfamilienministerium-199462>) hinaus Maßnahmen, die die körperliche Gesundheit von Kindern und Jugendlichen adressieren sollen, und wenn ja, welche sind dies?
46. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie sich die einzelnen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Verbreitung des Coronavirus in den verschiedenen Altersgruppen im Sinne von Frage 1 ausgewirkt haben?
47. Sind der Bundesregierung Studien bekannt oder plant sie, entsprechende Studien zu beauftragen bzw. zu fördern, die eine mögliche Veränderung der Ansichten von Kindern und Jugendlichen zu den Problemlösungskompetenzen der Politik durch die Corona-Politik in den Fokus rückt?  
Falls es solche Studien nach Kenntnis der Bundesregierung bereits gibt, was sind deren zentrale Erkenntnisse, und welche Konsequenzen werden daraus gezogen?
48. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie sich die Zustimmung von Jugendlichen zu den Corona-Maßnahmen darstellte?
49. Sieht die Bundesregierung Bedarf für eine besonders für den Aspekt der Anfälligkeit für Verschwörungsideologien sensibilisierte Jugendarbeit, und falls ja, wie soll ein solcher Fokus gefördert werden?

50. Plant die Bundesregierung eine systematische Bestandsaufnahme über die Folgen der Pandemie auf die Lernstände der Schülerinnen und Schüler, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der sozioökonomischen Hintergründe?
51. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Studien zu besonderen Belastungen bei Kindern von Alleinerziehenden, und falls ja, was sind die zentralen Ergebnisse, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
52. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Studien zur Belastung des Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, und falls ja, was sind die zentralen Ergebnisse, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
53. Hat die Bundesregierung systematisch Studien zu den Folgen für das sprachliche Vermögen von Kindern und Jugendlichen erstellen lassen oder unterstützt, und falls ja, was waren die zentralen Ergebnisse?  
Spiele in möglichen Untersuchungen der sozioökonomische Hintergrund der Kinder eine Rolle, und falls ja, was sind die zentralen Erkenntnisse vor diesem Hintergrund?
54. Welche über die konkrete Corona-Politik hinausgehenden Folgerungen leitet die Bundesregierung für ihr weiteres Handeln aus der Tatsache ab, dass Kinder und Jugendliche mit niedrigerem sozioökonomischen Status besonders von einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit in Krisenzeiten betroffen sind?
55. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu Fällen häuslicher Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 vor?
56. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Nutzung telefonischer Beratungsstellen sowie von Online-Beratung für Kinder und Jugendliche in den Jahren 2021 und 2022 entwickelt (bitte nach Beratungsangeboten bzw. Schwerpunkten aufschlüsseln)?
57. Wie häufig haben sich Bundeskanzler, Bundesministerinnen und Bundesminister seit Amtsantritt im Dezember 2021 mit Vertreterinnen und Vertretern von Kinderschutzorganisationen getroffen (bitte detailliert auflisten)?
58. Wie häufig haben sich Bundeskanzler, Bundesministerinnen und Bundesminister seit Dezember 2021 mit Vertreterinnen und Vertretern von Kinderrechtsorganisationen getroffen (bitte detailliert auflisten)?
59. Wie häufig haben sich Bundeskanzler, Bundesministerinnen und Bundesminister seit Dezember 2021 mit Vertreterinnen und Vertretern von Jugendverbänden getroffen (bitte detailliert auflisten)?
60. Verfügt die Bundesregierung über Hinweise oder Kenntnisse darüber, ob sich ein Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Lage von Familien und der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung im Sinne von § 27 ff. des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) unter pandemischen Bedingungen feststellen lässt?
61. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Inobhutnahmen in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 entwickelt (bitte, wenn möglich, monatsgenau angeben), und in wie vielen der jeweiligen Fälle von Inobhutnahmen wurden weitere Unterstützungsmaßnahmen gewährt (bitte nach Art der Unterstützungsleistungen aufschlüsseln)?

62. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Verfahren nach § 8a SGB VIII (Schutzverfahren nach Kindeswohlgefährdung) in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 entwickelt (bitte, wenn möglich, monatsgenau angeben und nach Meldern und Melderinnen aufschlüsseln), und in wie vielen der jeweiligen Fälle wurden weitere Unterstützungsmaßnahmen gewährt (bitte nach Art der Unterstützungsleistungen aufschlüsseln)?
63. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, inwieweit die personelle Ausstattung der Jugendämter ausreichend ist, um die Nachfrage nach Leistungen abzudecken?
64. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das ehrenamtliche Engagement in der Jugendverbandsarbeit seit Beginn der Corona-Krise entwickelt, und welchen Unterstützungsbedarf sieht die Bundesregierung ggf. langfristig zur Stärkung der Jugendverbandsarbeit?

Berlin, den 2. November 2022

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**